

Ist die PDS auf dem Weg nach „Godesberg“?

Viola Neu

Nachdem die PDS 1998 erneut in den Bundestag eingezogen war, fühlten sich die so genannten Reformer in der Partei gestärkt, ein neues Grundsatzprogramm in der PDS zu erarbeiten. Sie wollten damit sowohl die innerparteiliche Opposition schwächen als auch der SPD signalisieren, dass sich die PDS gewandelt habe und somit für Koalitionen auf Bundesebene ein ernst zu nehmender Partner sei.

Ursprünglich wurde auf dem 6. PDS-Parteitag (1. Tagung) im Januar 1999 beschlossen, dass im ersten Halbjahr 2001 ein Programmparteitag stattfindet, der das neue Grundsatzprogramm – rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2002 – beschließt. Aufgrund massiver innerparteilicher Auseinandersetzungen wurde auf dem Parteitag in Münster im April 2000 (6. Parteitag, 3. Tagung) beschlossen, dass erst der 7. Parteitag im Jahre 2001 über den Verlauf der Debatte insgesamt entscheiden wird.

Das Ausmaß des innerparteilichen Widerstandes wurde von der alten Parteiführungsmannschaft (Gysi, Bisky, Brie, Bartsch) allerdings erheblich unterschätzt. Nachdem für den Parteitag im Frühjahr 2000 in Münster ein erstes Konzept für das neue Grundsatzprogramm vorgelegt worden war, geriet die Strategie der Führungsmannschaft ins Wanken. Auf dem Parteitag, der eigentlich über diesen Programmentwurf diskutieren sollte, wurde nur der Beschluss zur Vertagung der Debatte gefasst. Nach dem Parteitag in Münster deutete sich ein „Burgfrieden“ mit denjenigen Kräften an,

welche die Programmdebatte am heftigsten attackieren. Dies sind vor allem die orthodoxen Kräfte im Umfeld der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums, aber auch die extreme Linke (vor allem im Westen). Diese kündigten aus unterschiedlichen Motiven ihren Widerstand an.

Nach der Beschlusslage des Münsteraner Parteitages hatten diejenigen eine Niederlage erlitten, die noch vor 2002 ein neues Programm verabschieden wollten. Im März 2001 hatte sich der Vorstand der PDS im März erst einmal auf „Grundlinien zur Überarbeitung des Parteiprogramms“ geeinigt, was auf eine weitere Verzögerung hindeutete. Dann stellte die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer am 27. April 2001 sowohl für die Partei als auch für die Öffentlichkeit überraschend einen „offiziellen“ Entwurf eines neuen Parteiprogramms vor.

Die Vorstellung dieses Programmentwurfes erinnert ein wenig an den demokratischen Zentralismus der SED. Man könnte auch von einem Programmputsch von oben sprechen. Ohne Beteiligung der dafür gewählten Programmkommission präsentierte die Vorsitzende Gabi Zimmer den Entwurf gleichzeitig der Partei und der Öffentlichkeit. Somit kannten weder die gewählten Gremien der PDS den Entwurf, noch lag ein Beschluss vor, dass von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein ein Programmentwurf erarbeitet werden sollte. Hinter dem neuen Programmentwurf steht offenbar die Führungselite der PDS, auch wenn diese,

mit der Ausnahme von Dietmar Bartsch, in die laut Statut der PDS entscheidenden Parteigremien nicht gewählt sind. Namentlich wurden unter den Autoren Roland Claus (Vorsitzender der Bundestagsfraktion), Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer, ursprünglich als Parteivorsitzender im Gespräch), Gregor Gysi und Lothar Bisky als Berater genannt (Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 18/2001). Inwieweit Gabriele Zimmer (die im Oktober 2000 gewählte Bundesvorsitzende) sich aktiv an dem Programmwurf beteiligt hat oder diesen nolens volens mitträgt, bleibt offen. Da sie sich ursprünglich eher auf die Seite derer geschlagen hatte, die die Programmdebatte erst nach der Bundestagswahl 2002 führen wollten, hat sie zumindest ihre Position geändert.

Dass das „Timing“ in der PDS so hart umstritten ist, ist unmittelbar mit der Frage verbunden, welchen Weg die PDS einschlagen soll. Ein eher reformistischer Kurs, der sich an Koalitionsoptionen orientiert, wird von den orthodoxen Gruppen äußerst negativ bewertet. Für große Teile der Partei ist der Pragmatismus derjenigen in der PDS, die jetzt schon Regierungsverantwortung haben oder diese anstreben, ein Dorn im Auge, da damit „die reine Lehre“ aufweicht und die PDS von ihrem eigentlichen Ziel, dem Sozialismus, abweicht und somit ihr unverwechselbares Profil einbüßt.

Abwägend, ob für die Partei Burgfrieden und verbesserte Kampagnenfähigkeit im Wahlkampf wichtiger sei, oder die Qualifizierung als Koalitionspartner für die SPD, entschied sich die hinter den gewählten Gremien agierende Führungsmannschaft der PDS zu Gunsten der Koalitionsfähigkeit. Damit ist entgegen dem Willen großer Teile der PDS (und zumindest der Mehrheit der Delegierten des 2000er-Parteitag) vor der Bundestagswahl 2002 die Programmdebatte voll entbrannt. Neben dem „offiziellen Pro-

grammentwurf“ liegen drei alternative Programmwürfe sowie eine Reihe von Stellungnahmen von Einzelpersonen vor: von drei dem „Marxistischen Forum Sachsen“ nahe stehenden Personen (Ingo Wagner, Heinz Kallabis, Hans-Jochen Krusch); von zwei Personen aus Niedersachsen (Rolf Köhne, Landesvorsitzender PDS Niedersachsen und Ex-MdB, und Juan Sanches Brakebusch, Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen) sowie von einer Gruppe selbst ernannter „Parteilinker“ (Monika Balzer, Sprecherin der KPF in Hamburg, Ekkehard Lieberam, Marxistisches Forum, Dorothé Menzner, Landesvorsitzende Niedersachsen, und Winfried Wolf, MdB, Baden-Württemberg, ehemals Mitglied der VSP).

Um den Preis der Aufgabe der innerparteilichen Ruhe versuchen diejenigen, die auf dem Parteitag in Münster 2000 eine empfindliche Niederlage einstecken mussten, die Geschicke der Partei auch ohne Beschlusslage in ihrem Interesse zu wenden.

Quo vadis, PDS?

Entgegen den in der Presse zu lesenden Beurteilungen, mit dem Programmwurf würde die PDS ihr Godesberg vorbereiten oder zwischen „Marktwirtschaft und Sozialismus“ balancieren, enthält das Programm im Vergleich zum gültigen Programm (von 1993) nur leichte inhaltliche Verschiebungen, die in erster Linie sprachlicher Natur sind. Die wesentlichen Eckpunkte und Kontinuitäten zum Programm 1993 bleiben: Die PDS will den Sozialismus installieren, sie ist strikt antikapitalistisch und hat ihren Frieden mit der bürgerlichen Demokratie längst noch nicht geschlossen, vielmehr ist ihr Ziel ein sozialistisches Deutschland. „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel.“ Um dieses Ziel zu erreichen, will die PDS die bürgerliche Demokratie abschaffen: „Wir wollen diese Verhältnisse (die Herrschafts- und Eigentumsverhält-

nisse –, V. N.) verändern und letztlich überwinden.“

Einzelne Formulierungen fallen zwar sprachlich moderater und moderner aus, inhaltlich ist die Stoßrichtung jedoch unverändert. Der Programmtext hat insbesondere die Teile des gültigen Programms entschärft, die in den Verfassungsschutzberichten Erwähnung fanden. Daher kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der neue Programmtext die ursprünglichen Ziele der PDS nur öffentlichkeitswirksamer formuliert. Dabei bedient sich die PDS der Strategie der Umwertung, die auch für die DKP typisch war. Normen des Grundgesetzes werden nicht entsprechend ihrem tatsächlichen Rechtsgehalt interpretiert, sondern in marxistisch-leninistischem Sinn. Mit dieser Umwertungstaktik besetzt die PDS Begriffe mit positiver Assoziation, die sie mit vom allgemeinen Sprach- und Rechtsverständnis abweichenden Inhalten füllt. Ob Bekenntnisse der PDS zum Grundgesetz tatsächlich bedeuten, dass sie in der Demokratie angekommen ist, bleibt fraglich. Selbst die DKP erklärte permanent, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und es entschieden verteidigen werde. Diese Doppelzüngigkeit soll sowohl den innerparteilichen Widersachern den Wind aus den Segeln nehmen als auch den demokratischen Parteien und potenziellen Koalitionspartnern vorspielen, dass die PDS sich zur Demokratie bekennen würde. Allerdings ist zu schließen, dass sie die Bundesrepublik nicht für einen demokratischen Staat hält, sonst würde sie nicht fordern, dass die „Bürgerinnen und Bürger endlich in wirklich demokratischer Weise selbst über ihre Zukunft entscheiden“ können.

Nach den ideologischen Grundnormen kann eine repräsentative parlamentarische („bürgerliche“) Demokratie auch nicht demokratisch sein, da der Kapitalismus seine Macht mithilfe des bürgerli-

chen Staates ausübt. Kapitalismus ist nicht als eine „etwas unfreundlichere“ Variante der sozialen Marktwirtschaft zu verstehen. Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus (der bürgerlichen Demokratie). Kapitalismus ist nach kommunistischem Verständnis die Vorstufe zu zwei diktatorischen Alternativen: dem Faschismus und dem Imperialismus. Der einzige Heil versprechende Weg liegt in der Errichtung des Sozialismus, der durch die Veränderung der Eigentumsformen und einem Austausch der Eliten die wirkliche Demokratie erst ermöglicht. Die hinter dem neuen Programmtext stehende Logik ist somit die alte.

Die PDS fasst die „westlichen bürgerlichen“ Demokratien und somit auch die Bundesrepublik unter dem Begriff „neoliberaler Kapitalismus“ oder nur „Kapitalismus“ zusammen. Dem Kapitalismus gesteht sie „zivilisatorische Errungenschaften“ zu. Ansonsten ist der Kapitalismus in altbekannter kommunistischer Diktion das Übel der Menschheit: „Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der ganzen Menschheit dar.“

Mehrfach wird die bundesrepublikanische Demokratie indirekt als Diktatur beschrieben. Zunächst beschreibt die PDS die Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren: „Prozesse eines ungezügelter Kapitalismus und der Versuch der herrschenden Eliten, ihre Macht durch die Mittel der politischen Diktatur zu sichern, hatten [...] zur Großen Depression und zum Faschismus und Nationalsozialismus geführt.“ Dann zieht sie die Kontinuitätslinie zur Bundesrepublik. Heute existiere nach wie vor der „ungezügelter Kapitalismus“, der mit den „Mitteln der ökonomischen Diktatur [...] dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus“ versuche, seine Ziele durchzusetzen (Seite 7 f.). Der Aufbau der DDR-Diktatur wird nach wie vor nicht mit dem

Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik verglichen, da die ideologische Scheidelinie nicht zwischen Demokratie und Diktatur verläuft, sondern zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die Akzeptanz der Demokratie hat instrumentellen Charakter, da sie der PDS Handlungsmöglichkeiten eröffnet, um den Sozialismus in die Tat umzusetzen. „Die Verteidigung parlamentarischer Demokratie und demokratischer Gewaltenteilung verbindet die PDS mit der Überzeugung, dass grundlegende gesellschaftliche Wandlungen nicht ohne soziale und politische Kämpfe, nicht ohne die Überwindung der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus, der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und der Zurückdrängung der Kapitaldominanz über die Gesellschaft und damit nicht ohne außerparlamentarische Bewegungen und Kräfte möglich sind“ (Seite 24). Daher setzt die PDS auch nicht auf parlamentarische Mehrheiten. „Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden“ (Seite 5).

Umdefinition der Freiheit

Die PDS widmet dem Thema Freiheit breiten Raum. Doch wird „Freiheit“ als soziales Menschenrecht definiert. Als Freiheitsgüter werden definiert: Schutz vor Gewalt, sauberes Wasser und Luft, Arbeit und Erwerb, Bildung und Kultur, soziale Sicherheit und Gesundheit. Diese Güter entschieden darüber, ob Menschen „frei oder unfrei“ sind.

In anderen Worten bedeutet Freiheit nicht, dass damit der Bereich der freien Willensbildung und -betätigung garantiert wird oder Abwehrrechte gegen den Staat gewährleistet werden. Damit sind die Freiheitsrechte keine Abwehrrechte der Menschen gegenüber dem Staat, die einen Raum freier und eigener Lebensge-

staltung gewähren und vor staatlichen Eingriffen und Einengungen schützen. Dieses Verständnis von Freiheit widerspricht somit dem demokratischen Verständnis von Freiheit fundamental. Der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv besetzte Freiheitsbegriff wird somit perfide entgegen dem umgangssprachlichen Verständnis umdefiniert.

Dem allgemeinen Freiheitsbegriff liegt das Verständnis der freien Entfaltung der Persönlichkeit zu Grunde, wodurch die Individualität ein höherrangiges Gut vor dem Kollektiv ist. Die PDS vermeidet es zwar in dem Programmentwurf offen auszusprechen, dass der Kollektivismus vor dem Individualitätsprinzip steht, indirekt formuliert sie allerdings dieses Postulat. Sie fordert einen Alltag, „der nicht durch Konsum als Selbstzweck, sondern durch Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, nicht durch private Nischen in der Massengesellschaft, sondern durch Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt wird“. An anderer Stelle spricht die PDS von der „Verpflichtung zur Wahrnehmung sozialer und ökologischer Aufgaben“.

Das hier zu Grunde liegende Menschenbild widerspricht fundamental dem der freiheitlichen Gesellschaft. Wer die Qualität der individuellen Entscheidungen nach politisch wünschenswertem Verhalten bewertet und im Zweifel definiert, welches Verhalten erbracht werden muss, negiert nicht nur die menschliche Individualität, sondern auch die (staatliche) Toleranz gegenüber den individuellen Lebensentwürfen.

Dennoch zeigt sich, dass die Strategie der PDS flexibler geworden ist. Die Bereitschaft, Verantwortung innerhalb des parlamentarischen Systems zu übernehmen, ist verankert. Das heißt, die PDS versteht sich graduell weniger als außerparlamentarische Opposition. Sie betont, dass sie „demokratische Verlässlichkeit und Politikfähigkeit auch in Regierungs-

verantwortung nachgewiesen“ habe. Damit zielt sie auch in Zukunft auf Regierungsbeteiligung.

Verstaatlichung oder Privateigentum?

Die Frage der Wirtschaftsordnung hat für die PDS eine zentrale Rolle. Die in der Presse zu lesende Auffassung, die PDS balanciere zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. April 2001), ist dem Programmtext nicht zu entnehmen. Schon im 1993er Programm bekannte sich die PDS formal zu einer Pluralität der Eigentumsformen. Dort heißt es: „Eine Vielfalt von Eigentumsformen – private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche – ist in den Dienst der Bedürfnisse der Menschen und den Erhalt ihrer natürlichen sozialen Lebensgrundlagen zu stellen“ (*Disput* H. 3/4, 1993, Seite 39).

Zwar spricht die PDS dem Unternehmertum und dem betriebswirtschaftlichen Gewinninteresse Effizienz und Innovation zu. Wenn das wirtschaftspolitische Handeln der Unternehmer allerdings nicht den Zielen der PDS entspricht, dann kann die Tätigkeit des Unternehmertums wieder eingeschränkt werden: „Wir wollen, dass neue volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen mit marktkonformen Instrumenten und Ordnungspolitik, mit Geboten und – soweit erforderlich – Verboten das Gewinninteresse der Unternehmen auf nachhaltige Entwicklungen orientieren.“ Und weiter heißt es: „Wo diese Grenzen missachtet werden, sind andere Regulationsmechanismen als der Markt erforderlich“ (Seite 14). Damit zeigt die PDS, dass ihre positiven Äußerungen zur Marktwirtschaft nur Lippenbekenntnisse sind und sie immer dann auf staatliche Regulierung setzt, wenn der Markt sich nicht in ihrem Sinne wunschgemäß verhält. Die PDS fordert so das Unmögliche: Profit- und Gewinnstreben sollen aufgehoben werden, die Wirt-

schaft soll aber innovativ und effizient sein.

Kern- und Angelpunkt ist die Frage, welche Einstellung die PDS zum Eigentum hat. Ist Eigentum ein Grundrecht, oder unterliegt es einer Kontrolle? Solange das Recht auf Eigentum nicht gewährt wird, läuft jeder Reformvorschlag der PDS auf den sozialistischen Staatskapitalismus hinaus, in dem die Notwendigkeit des privaten Eigentums einer eigenständigen Legitimation bedarf und die Gewährung von Eigentum den Zielen des Staates untergeordnet ist.

Zwar wird in der PDS eine Kontroverse darüber geführt, wie die Profitdominanz am besten zu brechen sei; dass sie beendet werden soll, ist völlig unstrittig. Die „Dominanz von Profit“ sei mit „unserer Vorstellung von Gerechtigkeit [...] unvereinbar“, heißt es eben dort. Gabriele Zimmer definiert in einem Brief an die Mitglieder der PDS drei Etappen auf dem Weg zur Beendigung der Profit- und Kapitaldominanz: zurückdrängen, brechen und dann den Kapitalismus überwinden. Welche Folgen die Abschaffung der „kapitalistischen Eigentumsverhältnisse“ hat, ist ja bereits vorgeführt worden. Damit wäre jede Form der Marktwirtschaft unmöglich, es fände die von der PDS lange geforderte Umverteilung von oben nach unten statt und eine Nivellierung auf dem Niveau, das die DDR hatte.

Die Bewertung der Vergangenheit

Trotz Kritik an der DDR und den Erscheinungsformen des Sozialismus finden sich im Programmtext Schönfärberei und primitive kommunistische Legenden.

Bis zum heutigen Tag differenziert die PDS nicht zwischen legitim und legitimiert. Indem sie immer wieder betont, dass alle Sozialismen legitim waren, verweigert sie sich beharrlich der Frage, warum diese Ideen mit den Mitteln der politischen Diktatur durchgesetzt wurden. So war die Oktoberrevolution der

„legitime Versuch einer Antwort auf das zivilisatorische Versagen des Kapitalismus“ (Seite 22). Zu den nach wie vor unveräußerlichen Inhalten der PDS gehört, dass es sich bei der Gründung der DDR um eine „legitime“, weil „antifaschistische“ Alternative handelte. Über die Gründe, warum sich diese so genannte legitime Alternative nie einer freien demokratischen Wahl gestellt hat und somit nie legitimiert war, finden sich bei der PDS keine Ausführungen. Dass von Anfang an eine stalinistische politische Diktatur etabliert wurde, wird mit den altbekannten Geschichtslegenden und Mythen begründet. Die PDS betont, dass der Aufbau der „besseren Gesellschaftsordnung“ und des „friedliebenden“ Deutschland keiner „Entschuldigung“ bedürfe. Und weiter formuliert sie in streng kommunistischer Diktion: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“

Die Frage der PDS ist somit nicht die nach Demokratie oder Diktatur, sondern die nach Kapitalismus oder Sozialismus. Einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen des „verordneten Antifaschismus“ entzieht sie sich. Die PDS weist dem Antifaschismus die gleiche Funktion zu, die ihm von der SED zugeschrieben wurde. Er diente der SED als innenpolitische moralische Basis für den alleinigen Herrschaftsanspruch. Solche Verzerrungen und Deformierungen des Geschichtsbildes waren bis 1990 typisch für die Selbstmythisierung der DDR, da die SED-Diktatur versuchte, aus der Geschichte

ihre fehlende demokratische Legitimität herzuleiten.

Der Frage, warum der Sozialismus von Anfang an nur mit den Mitteln der Diktatur durchgesetzt werden konnte, verschließt sich die PDS. Würde die PDS zum Beispiel auch nur die Frage stellen, warum es in der DDR keine freien Wahlen gab, würde sie ihren Grundglauben verletzen: dass der Zweck die Mittel heilige. Daher fällt die Kritik an der Oktoberrevolution und der DDR zwiespältig aus. Bei der Oktoberrevolution wird ihre „staatssozialistische Entartung“ kritisiert, die „Millionen sinnlose und unverzeihliche Opfer“ gekostet und (vielleicht sogar noch schlimmer) „die Idee des Sozialismus nachhaltig beschädigt“ habe (Seite 22). Terror und Verbrechen, die von Anfang an das Wesen der sozialistischen Revolution bestimmten, werden auch weiterhin negiert. Auch die Tatsache, dass die Bolschewiken die zaghaften Anfänge der parlamentarischen Demokratie sofort begraben, ist für die PDS nicht erwähnenswert.

Obwohl die PDS auf allen Ebenen versucht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, ist sie noch weit davon entfernt, in der Demokratie angekommen zu sein. Nach wie vor ist es ihr Ziel, diese Gesellschaftsordnung zu überwinden und eine sozialistische zu errichten. Zwar schimmert von Zeit zu Zeit „Revolutionsromantik“ durch, die PDS setzt aber eher auf die schrittweise Veränderung des Systems. Dabei scheint sich in der Partei ein Strategieansatz durchgesetzt zu haben, der auf dem Entrismus (einer Aushöhlungstaktik von innen) basiert. Ob sich die PDS bei ihrem „Marsch durch die Institutionen“ entzaubern lässt, wie so mancher in der SPD hofft, bleibt offen. Zumindest deutet der aktuelle Programmentwurf keineswegs darauf hin, dass der PDS ihr „Godesberg“ bevorsteht.